

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	24
		<b>TOP:</b>	9
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	34/2022
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	14.02.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Dr. Sußmann		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Vorhaben Arbeitsförderung Doppelhaushalt 2022/23</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.02.2022, GRDRs 34/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Fortführung der in der Begründung aufgeführten Projekte der Arbeitsförderung im Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.
2. Die Aufwendungen in Höhe von 1.707.000 EUR werden aus den hierfür veranschlagten Mitteln im THH 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107025 - Arbeitsförderung, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke finanziert.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu Beginn leitet BMin Dr. Sußmann kurz im Sinne der Vorlage ein. Außerdem kündigt die Vorsitzende für Frühjahr dieses Jahres eine gemeinsame Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) mit der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart zum Thema Arbeit und Beschäftigung an. Im Rahmen dieser Sitzung, deren Termin rechtzeitig bekanntgegeben werde, wolle man den Ratsmitgliedern auch die gewünschte Übersicht der Angebotsstruktur in diesem Bereich vorstellen.

Nach einer Rückfrage durch StRin Rühle (90/GRÜNE) bestätigt Frau Lavadinho (Ref. SI), dass die Corona-Pandemie die Arbeit der kommunalen Arbeitsförderung vor große Herausforderungen gestellt habe. Durch veränderte Konzepte habe man versucht, die bestehenden Angebote und Maßnahmen (z. B. die JobConnections) aufrechtzuerhalten, um weiterhin den Kontakt zur Zielgruppe zu halten. Dies sei in vielen Fällen gut gelungen. Allerdings habe sich gezeigt, dass vor allem Jugendliche und junge Menschen, die sich nicht im Leistungsbezug befinden, durch Corona vielfach den Kontakt oder den Zugang zu Dienstleistungs- und Unterstützungsmaßnahmen und beruflichen Orientierungsmaßnahmen verloren haben. Deshalb müsse diese Gruppe in Zukunft durch weitere gezielte Unterstützungsangebote stärker in den Blick genommen werden.

Auf weitere Fragen von StRin Rühle zum Thema Europäischer Sozialfonds (ESF) eingehend, berichtet Frau Lavadinho von einer wesentlichen Ausweitung der Zielsetzungen und der angesprochenen Zielgruppen im Vergleich zur letzten Förderperiode. Dadurch würden die Fördermöglichkeiten der kommunalen Arbeitsförderung erheblich gesteigert. Jedoch bereite die gleichzeitige Reduzierung der Kofinanzierung gewisse Schwierigkeiten. In diesem Zusammenhang seien kommunale Mittel zur Unterstützung einzelner Träger daher hilfreich. Diese Möglichkeit werde man in der Ausschreibung für den neuen ESF, die im Mai dieses Jahres erfolgen solle, separat hervorheben, so Frau Lavadinho weiter. Die Ratsmitglieder werden dann über die Ergebnisse der für Juli geplanten Ranking-Sitzung zur Trägerauswahl in einer Vorlage informiert. Darin wolle man das Gremium auch über die neue Struktur im Arbeitskreis (mit beratenden Mitglieder einzelner städtischer Ämter) in Kenntnis setzen.

Im Folgenden regt StRin Rühle eine Ausweitung des Pilotprojekts "Grünservice Bad-Cannstatt" auch auf andere Stuttgarter Stadtteile an. Frau Lavadinho nimmt diese Anregung auf und sagt zu, im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) weiter über die Fortsetzung dieses erfolgreichen Modellprojektes zu berichten. Ebenso auch über das Angebot "PengA" (Perspektiven nach gemeinnütziger Arbeit) für straffällig gewordene Jugendliche.

Nach einer Frage durch StRin Dr. Hackl (SPD) erklärt BMin Dr. Sußmann abschließend, dass der Jobcenter-Geschäftsplan 2022 im Rahmen der Sitzung des SGA am 07.03.2022 beraten werden solle. Ferner werden die Ratsmitglieder in einer separaten Vorlage über die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen 2022/2023 für den Bereich des Jobcenters informiert.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Rechnungsprüfungsamt
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. FDP-Fraktion
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*